

Dario Mock

# Das ElektroG als faktische Marktsperre für neue Wettbewerber



Nomos

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
1. Teil: Einleitung, Entstehungsgeschichte und Ziele des ElektroG	17
A. Elektro- und Elektronikaltgeräte als besondere Abfallgruppe	17
I. Anwendungsbereich	18
II. Zunehmende Menge der Altgeräte	18
III. Bauart und verwendete Materialien	19
IV. Fehlende Entsorgungsmöglichkeiten	20
B. Entstehungsgeschichte und Entwicklungslinien des ElektroG	20
I. Vorentwürfe einer Elektroschrott- / IT-Geräte-Verordnung	21
II. Rücknahmemodelle gemäß AltautoVO und VerpackVO	23
III. Zusammenführung der Modelle im Rahmen der Elektroschrottrichtlinie	25
IV. Das ElektroG als Produkt vereinbarter Gesetzgebung	27
C. Grundzüge der Regelung	28
D. Die Ziele des Elektrogesetzes	30
I. Abfallbezogene Ziele	31
1. Getrennte Sammlung	31
2. Vermeidung von Abfällen	32
3. Wiederverwendung	35
4. Verwertung	35
5. Beseitigung	37
II. Verantwortlichkeitsbezogene Ziele	37
1. Verursacherprinzip	37
2. Wettbewerbsneutralität	40
E. Gang der Untersuchung	41
2. Teil: Der Markteintritt neuer Hersteller. Volkswirtschaftliche Theorien zum Begriff der Marktzutrittschranke	42
A. Der relevante Markt	42
I. Sachliche Abgrenzung des relevanten Marktes	43

II. Räumliche und zeitliche Abgrenzung	45
III. Die Markteintrittsentscheidung	45
IV. Zusammenhang von Vertriebs- und Entsorgungsmarkt	46
B. Der Eintritt in den Markt	47
C. Der Begriff der faktischen Marktsperre	49
D. Marktzutrittschranken aus volkswirtschaftlicher Sicht	49
I. Die Markteintrittsbarriere nach <i>Bain</i>	50
II. Die Markteintrittsbarriere nach <i>Ferguson</i>	51
II. Die Markteintrittsbarriere nach <i>Stigler</i>	51
IV. Die Markteintrittsbarriere nach <i>von Weizsäcker</i>	52
V. Die Markteintrittsbarriere nach <i>Gilbert</i>	53
VI. Die Markteintrittsbarriere nach <i>Baumol</i>	53
VII. Strategische Marktzutrittsbarrieren	54
E. Fazit	55
3. Teil: Pflichten der Hersteller und ihre Wirkung auf etablierte Hersteller sowie Neuhersteller. Mögliche asymmetrische Wirkungen zulasten der Neuhersteller.	56
A. Rücknahme von Altgeräten und deren geordnete Entsorgung	57
I. Die Pflichten im einzelnen und die daraus entstehenden Kosten	57
II. Asymmetrische Wirkung der Entsorgungspflicht auf etablierte Hersteller und Newcomer	60
1. Grundlagen der Berechnung des Altgeräteanteils	60
2. Nachteile von Newcomern durch die Rücknahme <i>historischer</i> Altgeräte	61
3. Nachteile von Newcomern durch die Rücknahme <i>neuer</i> Altgeräte	63
a) Alle wählen Berechnung nach Marktanteil	65
b) Alle wählen Nachweislösung	65
c) Neuhersteller wählt Nachweislösung	67
aa) Aufteilung der Altgeräte bei verschiedenen Berechnungsweisen	68
bb) Auswirkungen auf die Hersteller	69
4. Gemischte Rücknahme von historischen und neuen Altgeräten	69
a) Entwicklung der Zusammensetzung der Entsorgungskosten	71
b) Bedeutung für Neuhersteller	71

5.	Rücknahme verschiedenartiger Geräte innerhalb einer Entsorgungsgruppe	72
III.	Rückstellungen nach § 249 HGB	72
1.	Pflicht zur Bildung von Rückstellungen gemäß § 249 I 1 HGB	73
a)	Historische Altgeräte aus privaten Haushalten	73
b)	Neue Altgeräte aus privaten Haushalten	74
aa)	Berechnung nach Marktanteilmethode	74
bb)	Berechnung nach Nachweismethode	75
cc)	Zwischenergebnis	76
c)	Altgeräte aus rein gewerblicher Nutzung	76
2.	Bedeutung der Rückstellungen für die Hersteller	76
IV.	Individuelle und kollektive Rücknahmesysteme	77
1.	Funktionsweise	77
2.	Bedeutung für Neuhersteller	79
a)	Zeitpunkt der Errichtung eines Rücknahmesystems	79
b)	Zeitvorsprung etablierter Hersteller	80
c)	Zugang zu bestehenden kollektiven Rücknahmesystemen	80
3.	Fazit	81
V.	Weitergabe der Kosten an die Endverbraucher	81
VI.	Zusammenfassung	82
B.	Registrierung und insolvenz sichere Garantie	83
I.	Die Pflichten im einzelnen	83
II.	Die Registrierung	84
1.	Bedeutung	84
2.	Mögliche Nachteile für Neuhersteller	85
a)	Dauer der Registrierung	86
b)	Informationsfluss anlässlich der Registrierung	87
III.	Die insolvenz sichere Garantie	88
1.	Garantieformen und deren Funktionsweise	89
a)	Gesperrtes Bankkonto	89
b)	Versicherung	90
c)	Bürgschaft	91
d)	Garantiefonds	92
e)	Sicherungssysteme gemäß § 14 V 3 Nr. 2 ElektroG (Haftungsgemeinschaften)	93
aa)	Ausweitung des Inhalts der Erklärung über die Wahl der Berechnungsweise	94
bb)	Verpflichtung zur Entsorgung von Altgeräten insolventer Hersteller	94
cc)	Verpflichtung zur Beibehaltung der Berechnungsweise	95
dd)	Erforderlichkeit zusätzlicher Absicherung	97

ee) Fazit	98
2. Eintritt des Garantiefalles	98
a) Individuelle Garantiefonnen und Fonds	98
b) Haftungsgemeinschaften	99
3. Vor- und Nachteile der Garantiefonnen für neue Hersteller	100
a) Gesperrtes Bankkonto	100
b) Versicherung	100
c) Garantiefonds	101
d) Haftungsgemeinschaften (auf der Grundlage von § 14 V 3 Nr. 2 ElektroG)	103
4. Die Garantie als Registrierungsvoraussetzung	104
IV. Zusammenfassung	105
C. Marktzutrittskonstellationen	105
4. Teil: Rechtliche Bewertung tatsächlich entstehender Belastungen und Nachteile für neue Hersteller durch die Rücknahme- und Entsorgungspflicht sowie bei der Registrierung	107
A. Die Rücknahme- und Entsorgungspflicht neuer Hersteller	107
I. Rückwirkungsverbot und historischer Abfall	107
1. Fragestellung	108
2. Begriff der Rückwirkung	108
3. Anknüpfungstatbestand	109
4. Beurteilung der Rücknahmepflicht für historischen Abfall	110
5. Rücknahme historischer Altgeräte durch Marktneuling	111
6. Ergebnis	112
II. Rechtmäßigkeit der Zusammenstellung der Entsorgungsgruppen	112
1. Vergleich der hypothetischen und tatsächlichen Entsorgungskosten	113
2. Typisierungsbefugnis des Gesetzgebers	113
3. Begrenzung der Typisierung – Neuordnung der Entsorgungsgruppen	115
4. Ergebnis	116
III. Rücknahme historischer Altgeräte durch neue Hersteller und Grundrechte	116
1. Einschlägige Grundrechte	116
a) Art. 14 GG	117
b) Art. 12 GG	118
c) Art. 3 I GG	118
2. Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	118
a) Eingriff in Art. 12 GG	119

b)	Grundrechtsverzicht durch vereinbarte Gesetzgebung	120
c)	Rechtsgrundlage für die Rücknahme historischer Altgeräte	121
d)	Verhältnismäßigkeit der Rücknahme historischer Altgeräte	121
aa)	Vermeidung künftigen Abfalls	122
bb)	Solidarhaftung der Gemeinschaft der Hersteller	122
cc)	Nachträgliche Verringerung anfallenden Abfalls durch Rücknahmepflicht für alle Hersteller	123
dd)	Von individueller Verantwortung zu effektivem Umweltschutz	126
ee)	Das Verursacherprinzip als Grundlage der Entsorgungsverantwortung für historische Altgeräte	127
ff)	Wettbewerbsneutralität als Maßstab zur Kostenverteilung	130
gg)	Zumutbarkeit der Pflicht neuer Hersteller zur Entsorgung historischer Altgeräte	132
3.	Ergebnis	133
IV.	Bildung von kollektiven Rücknahme- und Entsorgungssystemen	133
1.	Grundsätzlicher Zielkonflikt im Umweltrecht	133
2.	Anwendung des Kartellverbots auf kollektive Lösungen	135
a)	Vorrang des Umweltrechts	135
b)	Eingreifen des Kartellverbots	136
3.	Legalausnahmen vom Kartellverbot	136
4.	Bedeutung für den Zugang neuer Hersteller	136
5.	Ergebnis	137
B.	Registrierung und Garantie	137
I.	Die Registrierung als formaler Akt	138
II.	Die Garantie als Voraussetzung der Registrierung	139
1.	Die Garantie – isoliert betrachtet	139
2.	Die Garantie als Registrierungserfordernis	140
3.	Rechtfertigung einer Sperrwirkung für neue Hersteller	141
a)	Das Vorsorgeziel	142
b)	Marktumgestaltung durch das Garantierfordernis	142
c)	Marktzutrittserschwerung als Nebeneffekt	143
4.	Das Garantierfordernis als Zugangsproblem	143
a)	Individuelle Garantieformen	144
b)	Kollektive Garantieformen	145
5.	Das Garantierfordernis als Informationsproblem	145
a)	Gesetzliche Informationspflichten	146
b)	Informationstätigkeit	147
c)	Fazit	148
6.	Prognosespielraum des Gesetzgebers	148
7.	Ergebnis	149

III. Dauer der Registrierung	150
1. Gerichtlicher Rechtsschutz	150
2. Abhilfe durch flexibles Behördenverhalten	152
a) Abfederung durch behördliches Ermessen	152
b) Erteilung einer vorläufigen Registrierung durch die Gemeinsame Stelle	153
3. Verkürzung der Entscheidungsfrist der Gemeinsamen Stelle	154
4. Fazit	155
IV. Informationsfluss anlässlich der Registrierung	155
1. Herstellerinformationen als grundrechtlich geschützter Bereich	155
2. Rechtliche Grundlagen der Informationserhebung im ElektroG	157
3. Schutz personenbezogener Daten sowie von Betriebs- /Geschäftsgeheimnissen	157
a) Einhaltung bestehender Vorschriften	158
b) Schaffung zusätzlicher Sicherungen	159
aa) Möglicher Inhalt	160
bb) Umsetzung durch interne Regelsetzung	160
4. Ergebnis	161
C. Zusammenfassung	161
Literaturverzeichnis	165